

Berlin, 07.10.2010

Sparen an der Gesundheit für Eltern und Kinder gefährdet Deutschlands Zukunft

Die sinkenden Ausgaben der Kranken- und Rentenversicherung für die medizinische Vorsorge und Rehabilitation von Kindern und Eltern können nach Ansicht von Experten verheerende Folgen für die Gesellschaft haben.

Berlin. Obwohl sich der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen in Deutschland seit Jahren deutlich verschlechtert, kürzen die Rentenversicherungsträger die Leistungen für den Nachwuchs. Auch bei den Krankenkassen sind drastische Einsparungen bei ihren Leistungen für medizinische Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen zu spüren, obwohl das familiäre Umfeld so wichtig für die Entwicklung der Kinder ist. So geben die gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr für entsprechende Vorsorge- und Reha-Maßnahmen rund 20 Prozent weniger aus als noch vor zwei Jahren. Gesundheits- und Sozialexperten vermuten, dass der zunehmende Wettbewerbsdruck die Krankenkassen zu den Einsparungen veranlasst. Auch die Rentenversicherung genehmigt inzwischen nur noch jeden zweiten Reha-Antrag für Kinder und Jugendliche. Hier dürften die Einsparungen vor allem mit Budgetbeschränkungen begründet sein.

Angesichts dieser Entwicklung warnen die Experten vor weit reichenden Konsequenzen für die Gesellschaft. Folge des drastischen Ausgabenrückgangs bei den Präventions- und Reha-Behandlungen sei für die einzelnen Menschen oftmals ein jahrzehntelanges Leben mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und chronischen Krankheiten, was durch rechtzeitige medizinische Intervention vermeidbar wäre. Zudem werde die wachsende Zahl der gesundheitlich beeinträchtigten Kinder den

zukünftigen Arbeitsmarkt empfindlich belasten. Da ohnehin der Bevölkerungsanteil der jungen Erwerbstätigen immer weiter schrumpfe, könne dies zu gravierenden Folgen für die Sozialsysteme führen. „Die Kassen legen mit ihrer Bewilligungspraxis Feuer an die Zündschnur der demografischen Bombe,“ so Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken (BDPK), der die Interessen der 1.000 Krankenhäuser, Rehabilitations- und Vorsorgeeinrichtungen in privater Trägerschaft vertritt. Ähnlich wie der BDPK äußerten sich auch andere Fachverbände, wie die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Rehabilitation und Prävention (DGpRP) und die Arbeitsgemeinschaft Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen.

Vermutlich soll die Erhebung von Zusatzbeiträgen vermieden werden

Dass die Krankenkassen auf die Kostenbremse treten, entspricht nicht der geltenden Gesetzeslage. Im Rahmen der Gesundheitsreform 2007 wurden Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenversicherung gemacht. Schon im Jahr 2002 sollte dieser Versorgungsbereich mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Vorsorge- und Rehabilitation“ für Mütter und Väter dauerhaft stabilisiert werden. „Aufgrund des Wettbewerbsdrucks lassen die Krankenkassen nichts unversucht, um die Erhebung von Zusatzbeiträgen zu vermeiden, deshalb fahren sie die Leistungsbewilligung für Mutter-/Vater-Kind-Maßnahmen im großen Umfang zurück,“ vermutet Bublitz. Begründet werden die Ablehnungen meistens mit Formfehlern in der Antragsstellung, dem Hinweis auf andere Zuständigkeiten oder mit dem Vorrang ambulanter Therapien, die erfahrungsgemäß aber weniger bewirken oder gar nicht ambulant verfügbar sind. In der Rentenversicherung, wo die Kostenübernahme von Reha-Verfahren für Kinder und Jugendliche keine Pflicht- sondern eine Ermessensleistung ist, werden die Anträge offenbar aufgrund der angespannten Budgetlage zurückgewiesen.

Investitionen in Kinder- und Eltern-Gesundheit sind gut angelegtes Geld

Zahlreiche Studien, wie die nationale Kinder- und Jugendgesundheitsstudie „KiGGS“ des Robert-Koch-Instituts sowie internationale Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und von Unicef, belegen die Zunahme körperlicher und psychischer Störungen im Kindesalter. So ist die Zahl der heute übergewichtigen Kinder im Vergleich zu den 1980er und 1990er Jahren um 50 Prozent gestiegen, die Zahl der krankhaft übergewichtigen („adipösen“) Kinder und Jugendlichen hat sich sogar mehr als verdoppelt. Häufig führen diese und andere Beschwerden zu chronischen Krankheiten in späteren Lebensjahren, da beispielsweise Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes in direktem Zusammenhang mit Übergewicht stehen. Verhindert werden könnte diese Entwicklung durch frühzeitige medizinische Vorsorge- und Reha-Maßnahmen. Diese sind nach einer Studie der Schweizer Prognos AG äußerst effektiv: die Volkswirtschaft gewinnt für jeden in die medizinische Rehabilitation investierten Euro fünf Euro zurück. Außerdem bewirken Vorsorge und Reha-Maßnahmen besonders bei Kindern und Jugendlichen nicht nur kurzfristig eine gesundheitliche Verbesserung, sondern haben einen Langzeiteffekt bis ins Erwachsenenalter.

Aber nicht nur die Kinder sondern auch die Eltern profitieren von den Vorsorge- und Reha-Maßnahmen. Besonders bei Müttern und Vätern, die durch Beruf und Familie Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind, treten immer häufiger psychische Erkrankungen auf und sie klagen über Erschöpfungszustände oder Schlafstörungen. So sind nach einer vom Bundesgesundheitsministerium 2007 veröffentlichten Studie 2,1 Millionen Mütter „kurbedürftig.“ Nach einer klinischen Reha- oder Vorsorgebehandlung gingen sie allerdings nicht mehr so oft zum Arzt und nahmen auch weniger Medikamente ein, weil sich ihr Gesundheitszustand offensichtlich und langfristig verbessert. Für die Krankenkassen bedeutet dies, dass sie auch bei den Eltern langfristig Geld sparen.

Gesetzgeber ist gefordert

Vergangene Appelle von Mediziner*innen, Sozialwissenschaftler*innen und Fachverbänden an die Krankenkassen, ihre Bewilligungspraxis zu ändern, blieben bisher ohne erkennbare Wirkung. Deshalb sieht der BDPK genauso wie andere Gesundheits- und Sozialexperten jetzt einen Handlungsbedarf bei der Bundesregierung. Sie sei gefordert, die Kostenträger per Gesetz zum Umlenken zu zwingen. Dazu wird für Mutter-/Vater-Kind-Vorsorgemaßnahmen die Einführung einer ärztlichen „Direktverordnung“ und Stärkung der Patientenrechte bei der Auswahl der Einrichtung gefordert, damit die Genehmigung zukünftig allein von der medizinischen Bedarfseinschätzung abhängig ist. Zudem sollten die vorhandenen bürokratischen Hürden abgebaut werden. Spezielle Forderungen für die Rentenversicherung sind die Anhebung des Budgets und die Aufwertung der Reha-Maßnahmen für Kinder und Jugendlichen als Pflichtleistung. Entsprechende Regelungsvorschläge liegen dem Familien- und dem Gesundheitsministerium vor. Mit ihrer Forderung nach einer gesetzlichen Initiative erinnern der BDPK und die weiteren Verbände die Regierungskoalition auch an ihre im Koalitionsvertrag gemachte Ankündigung, der Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen als „nationales Gesundheitsziel“ höchste Priorität zu geben.

Ihr Ansprechpartner:

Thomas Bublitz
Hauptgeschäftsführer des
Bundesverbandes
Deutscher Privatkliniken e.V.
Friedrichstraße 60
10117 Berlin
Tel.: 0 30 - 2 40 08 99 -0
Fax: 0 30 - 2 40 08 99 -30
mailto:Thomas.Bublitz@bdpk.de
<http://www.bdpk.de>

Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK) vertritt seit 60 Jahren die Interessen der 1.000 Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken in privater Trägerschaft. Er ist damit maßgeblicher Spitzenverband der privatwirtschaftlich tätigen Leistungserbringer und flankiert die zunehmende Privatisierung im deutschen Gesundheitsmarkt. Der BDPK steht für Qualität, Innovation und Wirtschaftlichkeit in der stationären Versorgung.

Nähere Informationen: <http://www.bdpk.de>